

18. Wahlperiode

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für Verfassungs- und  
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,  
Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

mehrheitlich mit SPD, LINKE, GRÜNE und AfD gegen CDU und FDP
---

<b>An Haupt</b>
-----------------

## Beschlussempfehlung

des Ausschusses für Verfassungs- und  
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,  
Verbraucherschutz, Antidiskriminierung  
vom 3. Juni 2020

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/2229  
**Gesetz zur Einführung des  
Tierschutzverbandsklagerechts**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2229 – wird angenommen.

Berlin, den 3. Juni 2020

Der Vorsitzende  
des Ausschusses für Verfassungs- und  
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,  
Verbraucherschutz, Antidiskriminierung

Holger Krestel

mehrheitlich mit SPD, LINKE und GRÜNE gegen CDU und FDP bei Enthaltung AfD
---

<b>An Plen</b>
----------------

**Hierzu:  
Beschlussempfehlung**

des Hauptausschusses  
vom 12. August 2020

zur

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 18/2229  
**Gesetz zur Einführung des  
Tierschutzverbandsklagerechts**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 18/2229 – wird mit folgenden Änderungen angenommen:

Zu Artikel 1 – Gesetz über Mitwirkungs- und Klagerechte von anerkannten Tierschutzorganisationen im Land Berlin (Berliner Tierschutzverbandsklagegesetz – BlnTSVKG):

1. § 3 Absatz 2 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„Hat eine anerkannte Tierschutzorganisation Gelegenheit zur Stellungnahme nach Absatz 1 erhalten, ist ihr innerhalb von zwei Wochen Einsicht in die das Verfahren betreffenden Akten zu gewähren.“

2. § 3 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:

„Stellungnahmen sind schriftlich innerhalb von drei Wochen, nachdem die anerkannte Tierschutzorganisation Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten oder innerhalb von zwei Wochen, nachdem sie Akteneinsicht genommen hat, abzugeben.“

3. In § 4 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „diese gegen“ die Wörter „Artikel 20a des Grundgesetzes, gegen“ eingefügt.

Berlin, den 12. August 2020

Der Vorsitzende  
des Hauptausschusses

Daniel Wesener  
(amtierender Vorsitzender)